

REDE AUS ANLASS DER VERLEIHUNG DES BUNDESVERDIENSTKREUZES

Im Jahre 1995 erschien die deutsche Erstausgabe meines Buches "Die Post von Danzig - Geschichte eines deutschen Justizmordes". Als ich mich in den Jahren zuvor erstmals mit der Verteidigung der polnischen Post in Danzig als Thema befaßte und intensiv auch die juristische Seite der Geschehnisse recherchierte, war der Unrechtscharakter dieses Strafprozesses aus dem September 1939 und der 38 Todesurteile so offenkundig, daß die Arbeit an diesem Buch von dem Wunsch begleitet wurde: Da darf nicht das letzte Wort gesprochen sein. Doch die Erfolgsaussichten, überhaupt ein Wiederaufnahmeverfahren zu erreichen und diesen Urteilsspruch zu revidieren, schätzte ich gering ein.

Wenn nun das Landgericht Lübeck trotz meiner Skepsis im Mai diesen Jahres alle Todesurteile aufgehoben und das deutsche Feldkriegsgericht der Rechtsbeugung beschuldigt hat, dann überwiegt bei mir Freude besonders bei dem Gedanken, welche Bedeutung dieser Schritt für die Angehörigen der ermordeten Postbeamten hat. Es ist der Lübecker Justiz hoch anzurechnen, daß sie über den eigenen Nachkriegs-Schatten sprang, und ich halte es für ein wichtiges politisches Zeichen, daß den Kindern der Mordopfer Entschädigungsansprüche zustehen. Als Autor hege ich auch eine gewisse Genugtuung, daß Staatsanwaltschaft und Gericht meine Argumente aufgegriffen haben.

Zwei Urteile haben Rechtsgeschichte geschrieben. Das in Danzig vom 8.9.1939 gilt als das erste Militärgerichtsurteil des 2. Weltkrieges; das in Lübeck vom 25.5.1998 als das letzte in einem Wiederaufnahmeverfahren eines NS-Unrechtsprozesses, weil kurz danach die pauschale Aufhebung gesetzlich in Kraft getreten ist.

Aber ich empfinde auch Verbitterung, denn die Nazi-Juristen Kurt Bode, Hans-Werner Giesecke und ihre Gehilfen haben sich der irdischen Gerechtigkeit entzogen. Das hätte anders verlaufen können. Bereits in den sechziger Jahren lagen alle Fakten auf dem Tisch, die damals zu demselben Ergebnis hätten führen müssen. Gerade dem exzellenten Juristen Bode war bewußt, daß er das Recht gebeugt hatte und ihm eine Mordanklage drohte. Doch Generalstaatsanwälte, Oberstaatsanwälte und Richter in Bremen, Lübeck, Schleswig und Kiel, die überwiegend alle eine mehr oder weniger erfolgreiche Nazi-Karriere aufwiesen, stellten sich nach dem Krieg in einer juristisch nicht faßbaren aber moralischen Rechtsbeugung schützend vor ihre Kollegen und förderten deren steile Karrieren. Es hatte sich ein paradoxes Rollenverhältnis entwickelt: Die Ankläger fungierten in Wahrheit als die besten Verteidiger. Schreckliche Juristen eben.

Die Rehabilitierung der Danziger Postbeamten zu versuchen, war für mich ein menschliches Verlangen und ein politisches Anliegen. Ich habe aus meiner Sicht eigentlich das Selbstverständliche getan, was aber vielleicht für Außenstehende nicht selbstverständlich ist. Die polnische Seite konnte ich nicht einschätzen und habe gelernt, daß es für sie etwas Besonderes bedeutete, daß sich zu ihrer Überraschung ein Deutscher dieses Themas annahm. Nachdem sich die polnischen Ansprechpartner von der Ernsthaftigkeit meines Projektes überzeugt hatten, öffneten sich mir alle Archive und Türen. Die mir gewährte Gastfreundschaft war und ist überwältigend, es entwickelten sich daraus politische und persönliche Freundschaften. Die ermordeten 38 Postbeamten werden in Polen als Helden verehrt und stehen in jedem Geschichtsbuch, deswegen war die öffentliche Resonanz in Polen groß - weitaus größer als hier bei uns - und infolgedessen hat dies alles gewiß

auch eine positive politische Auswirkung auf die Versöhnung zwischen unseren beiden Völkern.

Vor dem Hintergrund der Geschichte kann man das Bundesverdienstkreuz nicht bedenkenlos annehmen und sich einfach freuen. Ich bin es meinen Überzeugungen schuldig, dazu einiges anzumerken, selbst auf die Gefahr hin, daß ich mich für zu wichtig nehme. Mit Orden und Ehrenzeichen ist in der Vergangenheit viel Unheil belohnt worden.

Es wurden ja nicht "nur" 38 Postbeamte umgebracht, harmlose patriotische Familienväter, so wie jeder seinen Briefträger kennt. Vielmehr ist u.a. Gegenstand meines nächsten Buches, daß im Raum Danzig-Westpreußen im September und Oktober 1939 fast die gesamte polnische Intelligenz ausgerottet worden ist, etwa 60 000 Menschen. Die Menschenverachtung und das Grauen sind nicht zu überbieten und mit normalem Verstand nicht zu begreifen. Dieser Völkermord wurde nach dem Krieg in 258 staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren untersucht und 1701 Personen als Täter ermittelt. Sage und schreibe 10 Beschuldigte sind verurteilt worden, das ist eine Schande für die deutsche Justiz! Anführer und Mitglieder der deutschen Mörderbanden wurden 1940 vom Danziger Gauleiter Forster mit dem "Danzig-Kreuz" ausgezeichnet und vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD Heydrich für das "Kriegsverdienstkreuz mit Schwertern" eingereicht: Für ihr "mitreißenes Vorbild, ihren unerschrockenen Einsatz bei der Bekämpfung des Staatsfeindes"; wörtlich hieß es weiter: "Hierbei haben sie sich als rücksichtslose Draufgänger gezeigt, sie mußten Tag und Nacht auf den Beinen sein, um mit deutscher Gründlichkeit für die Ausrottung und Unschädlichmachung der gefährlichen Verbrecher zu sorgen." -

Oder ein anderes Beispiel: Mit der propagandistisch geweckten Begehrlichkeit, das etwa 7300 mal verliehene Ritterkreuz zu erlangen, wurden unzählige Soldaten an der Front in den Tod getrieben. -

Schließlich sei auch an die ehemalige DDR erinnert, die zu Hauf ihren Spezialisten Orden an die Brust heftete - für Unterdrückung und Bespitzelung der eigenen Bevölkerung.

Ein Unrechtsstaat kann auch nur unrechte Auszeichnungen vergeben.

Doch auch in der Bundesrepublik war das Bundesverdienstkreuz nicht allzeit unumstritten und ist es bis heute nicht. In der Vergangenheit wurden rechtsradikale Personen, die außerhalb des demokratischen Spektrums eine Rolle spielten, damit "geehrt". So zum Beispiel der Schriftleiter der Zeitschrift "Der Freiwillige" der HIAG - Hilfsorganisation der ehemaligen Waffen-SS.

Ich möchte eine Episode erzählen. In meiner Eigenschaft als Sicherheitsberater des Auswärtigen Amtes hielt ich mich Mitte der achtziger Jahre in Papua-Neuguinea auf. An einem Wochenende lud mich der deutsche Botschafter ein, Herrn Berghues zu besuchen, wie er sagte ein interessanter und dort einflußreicher deutscher Geschäftsmann: Fabrikation von Konserven, Schweine - und Krokodilzucht. Man roch sein Anwesen, bevor man es sah. Er produzierte mehr Abfall, als sonst in der ohnehin mit Hygieneproblemen kämpfenden Stadt Port Moresby anfiel. Das Haus war einer deutschen mittelalterlichen Burg nachgebaut, mit Toren, Türmen und Wehrgängen. Der Wohnraum glich einem Rittersaal. Auf dem Parkett hüpfte ein Pfauenküken umher, weil Herr Berghues der erste Mensch in Papua-Neuguinea sein wollte, der einen Pfau besaß. Die Hausbar hatte man mit schwarz-rot-goldenem Fahnentuch ausgeschlagen. An der Wand eine Militaria-Sammlung, in Bücherregalen kriegsverherrlichende Literatur. Auch die Gesprächsatmosphäre war unerträglich, so

daß ich alsbald zum Aufbruch drängte. Ich fragte den Botschafter, warum er dort verkehre. Er antwortete, daß zum Sonntagsfrühschoppen Minister ein- und ausgingen, er könne vieles auf dem kleinen Dienstweg erledigen. Wenig später erfuhr ich von dem Botschaftskanzler, daß die Männer der sogenannten deutschen Gemeinde gerne dort feiern und daß Herr Berghues in vorgerückter Stunde in einer SS-Uniform auftrete, wobei man Lieder wie "Wir fahren gegen England" singe. Außerdem habe der deutsche Botschafter, der früher CSU-Landtagsabgeordneter in München gewesen war, kurze Zeit vor meinem Aufenthalt in Port Moresby Herrn Berghues das Bundesverdienstkreuz besorgt und überreicht.

Solche Beispiele haben mich irritiert und einen Schatten auf das Bundesverdienstkreuz geworfen. Sogar in dieser Woche wurde der Frankfurter Rechtsanwalt Steinacker wegen seiner Verdienste um den Sport ausgezeichnet, obwohl er es als seine Lebensaufgabe ansieht, Nazi-Täter zu verteidigen und in deren Sinne zu behaupten, die Vergasungsanlagen in Dachau seien erst nach dem Krieg erbaut worden. Da er dies nicht öffentlich, sondern in einem Disziplinarausschuß aussagte, war der Tatbestand der Volksverhetzung nicht erfüllt und wurden staatsanwaltschaftliche Vorermittlungen eingestellt. - Aber man sollte realisieren, daß in diesen Ausnahmefällen der Bundespräsident bei der Ordensvergabe getäuscht worden ist, allerdings ist dem Bundespräsidialamt angesichts solcher Beispiele mehr Sorgfalt anzuraten. Der Mißbrauch stellt meines Erachtens nicht die ganze Institution in Frage, zeugt aber von den Kräften, die für eine Demokratie zur Gefährdung werden können und die es immer zu bekämpfen gilt. Darunter verstehe ich auch, Mißstände anzuprangern. Ich halte es für besser, in die Offensive zu gehen, als sich zu verweigern. Das gilt auch für die Ordensannahme. Sich zurückzuziehen ist bequem, doch überläßt man das Feld der falschen Seite. Also nicht flüchten, sondern standhalten. Ich werde Einspruch in Wort und Schrift weiterhin für mich beanspruchen, wenn Menschenrechte oder bürgerliche Grundfreiheiten gefährdet oder verletzt werden. Als das Prüfungsverfahren für die Verleihung des Verdienstordens lief, fand ich es spannend, wie man sich im Falle eines unbequemen Querdenkers entscheiden wird. Zu meiner Befriedigung stelle ich fest, daß eine solche Haltung offensichtlich nicht dem Entschluß für diese Auszeichnung entgegenstand. Selbst dann nicht, wenn ich für einen Bundesinnenminister als Nestbeschmutzer gegolten habe oder mich der eine oder andere im Bundeskriminalamt als einen vaterlandslosen Gesellen einschätzte.

Bei dem Verleihen des Bundesverdienstkreuzes handelt es sich nicht um einen bloßen Verwaltungsakt, vollzogen nach den einschlägigen Bestimmungen. Vielmehr ist der Verdienstorden ein Symbol dieses Staates, mit der Annahme identifiziert man sich mit diesem Staat - trotz seiner Schwächen und Fehler, möchte ich anfügen. Der Rechtsstaat Bundesrepublik hat in der letzten Zeit Schaden genommen durch ein dutzend bedenklicher, teils verfassungsändernder Gesetze, so zum Beispiel die Ausdehnung der Überwachung des Fernmeldeverkehrs oder die Änderung ausländer- und asylverfahrensrechtlicher Vorschriften. Mit Sicherheit weniger Freiheit, muß man konstatieren. Auch daß die Wirtschaftskriminalität trotz immensen Schadens im Interesse der Gewinnmaximierung in Vorstandsetagen zum Kavaliersdelikt heruntergespielt wird, zeugt nicht von einem souveränen Staatswesen. Als ehemaliger Polizei-Experte bin ich davon überzeugt, daß man die Organisierte Kriminalität niemals mit dem großen Lauschangriff wesentlich beeinflussen kann, und ich weiß andererseits um den polizeilichen Tatendrang, rechtliche Mittel und technisches Instrumentarium nicht sinnvoll zu beschränken und

vorsichtig anzuwenden, sondern bis an die Grenze des Machbaren auszureizen. Nicht ohne Grund sind wir seit Jahren Weltmeister im Abhören. Es liegt an dem unseligen deutschen Perfektionismus, den schon die Nazis an den Tag legten und dann die Machthaber der DDR, ohne daß ich nur im geringsten einen Vergleich mit der bundesdeutschen Demokratie zulassen möchte. Generell glaube ich schon, daß die Mehrheit unserer Polizisten ihren Dienst korrekt verrichtet. Beunruhigt werde ich aber durch eine nicht geringe Zahl von Übergriffen rassistischer Art, die fast schon eine strukturelle Entwicklung andeuten, wie es amnesty international festgestellt hat. Und ich bin mir aufgrund der NS-Vergangenheit nie sicher, wie verführbar und verfügbar unsere Polizei ist (siehe das Buch "Ganz normale Männer" von Christopher Browning). Es kann sich selbstredend so nicht wiederholen, aber vielleicht anders. Deshalb bin ich aufgrund meiner Insider-Kenntnisse der Überzeugung, daß das Machtpotential zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit an der kurzen Leine geführt werden muß.

Im Verlautbaren meiner kritischen Haltung fühle ich mich bestätigt und ermutigt durch Bundespräsident Roman Herzog, der anlässlich des 200. Geburtstages von Heinrich Heine sagte: "Schriftsteller und Intellektuelle, für deren Typus Heine noch heute ein Modell ist, dienen ihrem Land oft auch mit ätzender Kritik. Darauf gelassen zu hören, sich selbst zu befragen und eventuell umzudenken, müssen wir zu jeder Zeit neu lernen. Schriftsteller und Intellektuelle haben keineswegs die Wahrheit gepachtet, schon gar nicht, wenn sie sich auf das Feld des Politischen begeben. Doch ist die Wahrheit auch nicht automatisch bei der Mehrheit oder den jeweils Herrschenden. Deshalb will ich gerade beim heutigen Anlaß festhalten", so Herzog weiter: "Ohne kritischen Einspruch, ohne das Engagement unbequemer Denker, verkümmert eine Gesellschaft. Wir brauchen Streit und Widerspruch, wir brauchen die Zumutungen und Fragen unabhängiger Köpfe."

Zum Abschluß möchte ich einen wichtigen Aspekt ansprechen, der auch mit ausschlaggebend dafür ist, mich frohen Herzens für die Auszeichnung zu bedanken. Diese Ehrung ist ein Signal an Polen und andere Länder, die unter dem Nationalsozialismus gelitten haben, daß nämlich hier bei uns, im Land der Täter, inzwischen ein anderer Geist weht, da dem deutschen Staat die Revision nationalsozialistischer Verbrechen einen Orden wert ist. Das war in vergangenen Jahrzehnten nicht selbstverständlich, wenn Verjährungsfristen manipuliert, Befehlsnotstand akzeptiert und Schutzbehauptungen juristisch sanktioniert worden sind. Rückschläge gegen die allgemeine Entwicklung sind nicht auszuschließen, doch die pauschale gesetzliche Aufhebung der NS-Unrechtsurteile oder die beabsichtigte Bildung einer Stiftung zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern weisen in die gleiche Richtung. Das begangene Unrecht kann nicht rückgängig gemacht werden, aber für die Zukunft besteht Hoffnung.

Dieter Schenk
30.10.98